

Roter Umweltminister spricht grün

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat die zweite Fassung seines Memorandums zur ökologischen Industriepolitik vorgelegt. Es ist ein mutiges Papier mit programmatischem Anspruch. Hier findet sich vieles, was der BUND schon lange fordert – und was bislang nur von grünen Umweltministern zu hören war. Grund, die Sektkorken knallen zu lassen? Nicht ganz.

Der Autor
Olaf Bandt,
Direktor Politik
und Kommunikation



Seit Jahren fordert der BUND, umweltschädliche Subventionen zu streichen. Wie die Energiesteuerbefreiung beim Flugbenzin: Allein sie kostet unser Land derzeit jährlich sieben Milliarden Euro an Steuereinnahmen, mit denen viel Sinnvolles getan werden könnte. Schön, dass der Umweltminister bei diesen und auch einigen anderen zentralen Fragen der Umweltpolitik unserer Auffassung ist.

Beim Schreiben dieses Kommentars möchte man schon zur Sektf Flasche greifen und darauf anstoßen, dass nun auch rote Umweltpolitik den Handlungsdruck zum Umsteuern unserer Wirtschaft klar beschreibt. Doch da war doch noch etwas? Aber ja: Am 26. September kritisierte Sigmar Gabriel in einer Pressemitteilung zusammen mit der IG Metall eine Entscheidung des Umweltausschusses des Europäischen Parlamentes zur Einführung von CO₂-Grenzwerten für Pkw. Was war passiert? Der Umweltausschuss hatte in letzter Minute – und nach intensivem Druck des BUND

und unseres europäischen Netzwerkes Friends of the Earth – die Ablehnung von Anträgen beschlossen, die letztlich eine Verwässerung dieser Grenzwerte bedeutet hätten. Auch die Strafzahlungen für Autobauer, deren Modelle diese CO₂-Grenzwerte nicht einhalten, sollten gesenkt werden.

Diese kleine, aber sehr typische Episode zeigt, warum wir leider mit dem Sekt noch etwas warten müssen: Bei konkreten politischen Entscheidungen für mehr Klimaschutz schlägt sich auch der Bundesumweltminister zu oft auf die Seite der Industrie. Aus purem Eigeninteresse versucht diese, jegliche Regulierung durch staatliche Umweltpolitik mit der seit Anbeginn der Umweltpolitik in den siebziger Jahren bekannten »drei V-Strategie« zu begegnen: Verhindern, Verwässern, Verzögern. Dass nun ausgerechnet der deutsche Umweltminister dem Druck des EU-Parlamentes für europaweit schnelle und klare Klimaschutzgrenzwerte widerspricht, passt nicht zu den Zielen des Minister-Papiers.

Dies wirft ein Schlaglicht auf ein zentrales Problem der Strategie aus dem Hause Gabriel: Es setzt ein ökologisch-ökonomisches Effizienzdenken der Industrie und der Politik voraus. Unterstellt wird, dass die Industrie sich auf ökologisch-ökonomische Produktionsverfahren oder Produkte einlässt, weil sie dadurch Kosten- oder Marktvorteile im In- und Ausland gewinnt. Gerade die großen Industriezweige haben aber noch nie freiwillig oder aus Einsicht in ökologische Innovationspotenziale neue Produkte oder Produktionsverfahren entwickelt. Passiert ist das immer nur aufgrund massiven gesellschaftlichen Drucks. Wie die Bürgergesellschaft in ihren Rechten und Möglichkeiten gestärkt werden kann, um mehr Ökologie bei Industrieprojekten in der Nachbarschaft, beim privaten Pkw, im heimischen Wald, am Fluss vor der Haustür oder bei Produkten des täglichen Konsums durchzusetzen – dazu bleibt das Papier auffallend still.

Also verzichte ich heute auf den Sekt und arbeite lieber noch etwas länger, um zum Beispiel den Druck auf Umweltministerium und EU-Parlament zu erhöhen, verbindliche Grenzwerte für spritsparende Pkw festzulegen. Das erscheint mir vorerst als der sicherere Weg für unsere Umwelt. Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, vielen Dank für die Mitgliedschaft im BUND, die uns dies ermöglicht!